

Einmischen – Mitmischen

Fritz Klenner, ÖGB-Medienchef und Gewerkschaftshistoriker, erklärte 1953, warum Einmischen in die Wirtschaftspolitik Teil des Lohnkampfes sein muss.

Zu Kaisers Zeiten verdienten die allermeisten ArbeitnehmerInnen so wenig, dass sie (fast) keine Steuern zahlten. Das wichtigste wirtschaftspolitische Thema der ArbeitnehmerInnenvertretung war die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, damit Lohnerhöhungen nicht wieder aufgefressen wurden. Steuerpolitik hingegen war kaum Thema. In der Ersten Republik hatte der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit und gegen den Sozialabbau absoluten Vorrang. Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen sollten dann die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele des Österreichischen Gewerkschaftsbunds nach 1945 werden. Erstmals wurde jetzt die Verteilungswirkung der Lohnsteuer ein wichtiger Kennwert, und die Kritik an einer Steuerpolitik, die von unten nach oben verteilt, blieb in der Zweiten Republik durchgehend ein gewerkschaftliches Kernthema. Fritz Klenner, Banker und Kommunikationschef des ÖGB, schrieb 1953 in seiner Gewerkschaftsgeschichte:

... das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer einerseits und der Lohnsteuer andererseits lässt den Schluss zu, dass die Praxis der öffentlichen Finanzwirtschaft einen immer weniger sozialen Charakter annimmt. Trotz der gegenüber 1950 weitaus verstärkten Arbeitslosigkeit ist das Lohnsteueraufkommen um 88 Prozent gestiegen, während die Beträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur um 28 Prozent gestiegen sind.



Klenner schließt daraus:

Die wirtschaftliche Einflussnahme, die Durchsetzung von Wirtschaftsgesetzen ist heute ebenso Interessenkampf, wie es früher der Kampf um das Wahlrecht, die Anerkennung der Gewerkschaften und die Einrichtung der Betriebsräte und die Erreichung des Achtstundentags waren. ... Der Reallohn ist sicher heute noch niedriger, aber die Lebensverhältnisse waren auch in der Ersten Republik für die Arbeiterschaft nicht zufriedenstellend. Ja, die Entlohnung der Frauen und der Hilfsarbeiter war weit schlechter als heute. Durch die Stärke des Gewerkschaftsbundes sind die organisatorischen Voraussetzungen dafür gegeben, durch die Steigerung der Produktivität und durch die Beeinflussung der Politik die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten zu erreichen.

ÖGB-Comic aus den 1950er-Jahren: Pagat jedoch, der widerspricht: / „Merk dir, du Opti-Mister, / die Steuerentlastung dankst du nicht / dem Herrn Finanzminister. / „Reform“, die Kamitz hat gemeint, / hätt' unsern Lohn vermindert. / Gewerkschafter im Parlament / die haben das verhindert.“

rischen Voraussetzungen dafür gegeben, durch die Steigerung der Produktivität und durch die Beeinflussung der Politik die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten zu erreichen.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at